

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 30.04.2024,  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:03 Uhr  
Ende: 18:41 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Gerhard Ludwig Borken

#### Mitglieder:

Annette Demes Ahaus  
Jürgen Fellerhoff Borken  
Iris Jediß Südlohn  
Burkhard John Gronau  
Claudia Jung Borken  
Christina Martsch

Vertretung für Frau Elisabeth  
Ahler

Frank Merx Reken  
Petra Nagel Raesfeld  
Thomas Nünning Vreden  
Stephanie Pohl Gescher  
Norbert Franz Ricking  
Theo Sanders Bocholt  
Martina Schrage Legden  
Gerti Tanjsek

Vertretung für Frau Diana Ahler

Vertretung für Frau Elisabeth  
Lindenbahn

Christel Wegmann Rhede  
Bernhard Witte Gescher

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster Kreisdirektor  
Karin Ostendorff  
Sebastian Fryszacki  
Michael Heistermann  
Susanne Lökes  
Jelena Borgers  
Corona Büning

#### Es fehlen entschuldigt:

Diana Ahler Ahaus  
Elisabeth Ahler Vreden  
Marvin Buchecker Reken  
Elisabeth Lindenbahn Raesfeld

Jutta Musholt

Stadtlohn

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Ludwig eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben. Die Verpflichtung Frau Martschs als Mitglied des Ausschusses wird als neuer TOP 1 der Tagesordnung hinzugefügt. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend um eine Stelle nach hinten.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

---

Frau Christina Martsch wird feierlich als Ausschussmitglied verpflichtet.

#### **Punkt 2: Jahresbericht Soziales 2023 Vorlage: 0101/2024/KREIS**

---

Frau Ostendorff verweist auf die wiederkehrende Vorlage und die bereits bekannte Zweiteilung in einen allgemeinen Jahresbericht Soziales und einen eigenen Jahresbericht für die Leistungen nach dem SGB II. Sie weist darauf hin, dass der Bericht auf Anfrage auch als Druckwerk erhältlich ist.

Sie berichtet, das vergangene Jahr habe viel Arbeit mit sich gebracht: Im Bereich der Sozialleistungen habe es einen erheblichen Zuwachs an Fällen und hilfebedürftigen Menschen gegeben. Entsprechend sei auch sehr erheblich mehr Geld in dem Budget umgesetzt worden. Die Aufwüchse in den Fällen und umgesetzten Mitteln hätten sich in verschiedenen Aufgabenbereichen als Brennglas in die Gesellschaft hinein gezeigt. Als Beispiele benannte Frau Ostendorff die Regelsatzerhöhungen bei den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, das Bildungs- und Teilhabepaket sowie die Wohngeldreform, die jeweils zu mehr leistungsberechtigten Personen geführt hätten und auch den demografischen Wandel, der sowohl im Bereich Hilfe zur Pflege als auch in der Arbeit der Betreuungsstelle für ein erhöhtes Fallaufkommen Sorge.

Vorsitzender Ludwig und Frau Pohl loben die komprimierte und gleichzeitig vollständige Übersicht, die der Bericht über die Aufgaben und Finanzen im Bereich der Sozialleistungen im Kreis Borken biete. Frau Pohl zeigt sich zudem erschrocken über die Entwicklung steigender Kosten und Fallzahlen bei einer gleichzeitig sinkenden Personaldichte.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Ludwig zur Erwähnung von Pflegegeld für ukrainische Flüchtlinge im Kapitel 5.1 Pflege in der häuslichen Umgebung erklärt Frau Ostendorff, unter den Geflüchteten seien z. B. auch Frauen mit behinderten Kindern. Für diese greife die Pflegeversicherung häufig noch nicht. Zudem kämen durchaus auch alte Menschen aus der Ukraine, die auch pflegerisch versorgt werden müssten. Im Kreis Borken sei dies schon zum Beispiel im Rahmen von vollstationärer Pflege, einer Versorgung im Hospiz oder durch Bestattungskostenbeihilfe erfolgt.

Auf Anfrage von Frau Martsch führt Frau Ostendorff aus, im Bereich der Kurzzeitpflege werde durch Einwirken auf Investoren bereits versucht, die Situation zu verbessern, um mehr Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Limitierender Faktor in der Pflege bleibe jedoch vor allem das Personal. Dies gelte genauso bei den dauerhaften vollstationären Pflegeplätzen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht Soziales 2023 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Umsetzung des SGB II: Jahresbericht 2023**  
**Vorlage: 0099/2024/KREIS**

---

Frau Lökes verweist auf die Vorlage und die bereits aus dem letzten Jahr bekannte Ergänzung eines Eingliederungsberichtes. Sie erläutert, dass eine Komprimierung der Daten wie im Jahresbericht Soziales im Bereich der Leistungen nach dem SGB II nicht möglich sei, da das BMAS hier eine hohe Datendichte fordere. Zudem beschreibt sie das Jahr 2023 als eines mit herausfordernden Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jobcenter. Die Einführung des Bürgergeldes, die Betreuung ukrainischer Geflüchteter, die geplante Verlagerung der Zuständigkeit U25 und auch die Unsicherheit in der Planbarkeit des SGB II-Budgets seien hier die großen Schlagworte gewesen. Im Jahr 2024 stehe nun der „Job-Turbo“ als Herausforderung an. Die Planbarkeit des Budgets sei darüber hinaus erneut ein Problem. Der Krisenmodus sei in den Jobcentern inzwischen Dauerzustand.

Auf Nachfrage Frau Pohls erklärt Frau Lökes, dass die Jobcenter unverbrauchte Mittel nicht mit in das folgende Haushaltsjahr nehmen könnten. Der Bund habe im vergangenen Jahr vor allem Sparzwänge kommuniziert. Nun habe er aber doch noch Haushaltsreste aus dem Vorjahr für die Jobcenter freigegeben, die nicht zu erwarten gewesen seien und für die nun eine sinnvolle Verwendung gefunden werden müsse. Dies sei ein systematisches Problem, das zum Nichtverbrauch von Mitteln führe. Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, es handele sich hier um ein parteiunabhängiges politisches Problem, das man in den Jobcentern bereits seit Jahren kenne. Eine verlässliche Finanzplanung der Jobcenter, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen und Personal, sei so nicht möglich. Das Problem sei bei den parlamentarischen Vertretern aus dem Kreis Borken bereits angesprochen worden, es sei jedoch keine Änderung in Sicht. Auf die Anregung, mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsresten Sprachkurse zu finanzieren, reagieren Kreisdirektor Dr. Hörster und Frau Lökes zurückhaltend. Integrationskurse seien die ausschließliche Zuständigkeit des BAMF, das auch auf diese Ausschließlichkeit bestehe.

Auch das Vorgehen des Kreises Borken im Rahmen des „Job-Turbo“ bzw. der Vermittlungsoffensive stößt auf reges Interesse bei den Ausschussmitgliedern. Frau Lökes erläutert, im Rahmen der Vermittlungsoffensive sollten alle arbeitsmarktnahen Personen in den Blick genommen werden. Entsprechend der Weisung des MAGS solle dabei zum einen mit allen Personen integrationsorientiert gesprochen und zudem eine Fokusgruppe ausgewählt werden, die besonders in der Integration gefördert werden soll. Der Kreis Borken habe als Fokusgruppe alle Leistungsbeziehenden mit Fluchthintergrund, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben, ausgewählt. Bei der Arbeit mit der Fokusgruppe stelle sich die Flächenausdehnung des Kreises als Herausforderung dar. Als Lösung habe man eine Task Force mit acht Jobcentern der Städte und Gemeinden gebildet, die Maßnahmen für die Vermittlungsoffensive erarbeite. Sie treffe sich seit Dezember einmal monatlich und habe bereits viel neuen Austausch und Einblicke in die Arbeit der Jobcenter vor Ort ermöglicht. Bisher zeige sich, dass trotz der zu Beginn der Vermittlungsoffensive vielerorts aufgetretenen großen Euphorie, Veranstaltungen und Messen zu organisieren, diese im Kreis Borken nicht das Mittel der Wahl seien. Vielmehr sei ein direkter Kontakt mit den Arbeitgebern immer noch am erfolgversprechendsten, ob im Rahmen von Einzelgesprächen und Vermittlungen,

im Kontakt mit Kleingruppen oder beim Vorstellen der Jobs in einer Branche für Arbeitssuchende. Die wirtschaftliche Situation begünstige die Vermittlungsoffensive derzeit nicht, gleichzeitig zeige sich auch eine Vorsicht der Arbeitgeber, Angebote des Jobcenters anzunehmen. Dies führte Frau Lökes insbesondere auf eine mangelnde Information der Arbeitgeber zurück. Diese unterlägen teilweise dem fälschlichen Eindruck, einen oder eine der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten tatsächlich einstellen zu müssen, wenn sie Angebote des Jobcenters annehmen. Gleichzeitig seien den Berufseinstieg begleitende Angebote des Jobcenters, wie beispielsweise ein Coachingangebot bei Bildungsträgern, die die Startphase begleiten und für die Arbeitnehmer- sowie die Arbeitgeberseite erleichtern sollen, kaum bekannt. Es zeigen sich daher derzeit vor allem Angebote erfolgreich, die sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer niedrigschwellig sind. Als Beispiel nennt sie den Erlebnistag Busfahrer, der im Rahmen der Aktionswoche Mobilität in allen Münsterlandkreisen sowie der Stadt Münster stattgefunden habe. Im Kreis Borken hätten daran in Stadtlohn 50 Personen teilgenommen, mehr als die Hälfte davon seien vom Jobcenter gezielt für die Maßnahme ausgewählt gewesen. Viele der Teilnehmenden hätten sich sehr interessiert und motiviert gezeigt. Wie viele tatsächliche Beschäftigungen daraus hervorgehen, bleibe natürlich abzuwarten, dennoch zeige sich viel Potenzial. Es sei eine sehr aufwändige Veranstaltung gewesen, die einen hohen Zeit- und Personaleinsatz gefordert habe, es könne jedoch davon ausgegangen werden, dass sich der Aufwand gelohnt habe.

Darüber hinaus engagierten sich die Jobcenter, indem sie im Rahmen verschiedener Veranstaltungen auf die Arbeitgeber zugehen und diese über die Angebote zur Vermittlung und Unterstützung gelingender neuer Arbeitsverhältnisse informieren. So würden sie dafür werben, „chancengebender Arbeitgeber“ zu sein. Hierbei sei es wichtig, die Vermittlungsmöglichkeiten des Jobcenters ehrlich zu beschreiben, um falsche Erwartungshaltungen und Enttäuschung bei allen Beteiligten zu vermeiden.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, die Diskussion um die Vermittlung Arbeitsloser in Arbeit sei stark von Polemik und Störgefühlen geprägt. So habe sich die auf Bundesebene ausgerufene Grundhaltung, in Deutschland ankommende Menschen zunächst ankommen und die Sprache lernen zu lassen und ihre Qualifikationen - soweit möglich – anzuerkennen, recht schlagartig gewandelt. Nun sollten auch ankommende Menschen möglichst direkt anfangen zu arbeiten. Und auch darüber hinaus stoße man in Medien und Politik derzeit auf viel Polemik, sowohl gegenüber arbeitslosen Menschen als auch gegenüber den Arbeitgebern. Die derzeit stattfindende Vermittlungsoffensive zeige erneut, dass ein großer Instrumentenkoffer für gelingende Integrationen in den Arbeitsmarkt unerlässlich sei. Die Arbeit für eine gelingende Integration müsse dabei nicht allein auf Seiten der Arbeitslosen stattfinden, sondern auch auf Seiten der Arbeitgeber. Bezüglich der Arbeit mit der Fokusgruppe stellt Kreisdirektor Dr. Hörster heraus, dass von den 720 Personen in der Fokusgruppe bereits 60 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen vermittelt worden seien. Es bleibe dabei jedoch abzuwarten, ob diese Personen den Leistungsbezug auch langfristig verlassen, schnelle Schlagzeilen seien nicht alles. Vor diesem Hintergrund würde evaluiert, welche Maßnahmen funktionieren und welche nicht. Langfristige Erfolgsgeschichten würden leider nur selten öffentlichkeitswirksam erzählt, da sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer häufig nicht euphorisch auf Pressearbeit reagierten. Die Verwaltung werde den Ausschuss über die weitere Entwicklung in der Vermittlungsoffensive jedoch auf dem Laufenden halten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration nimmt den Jahresbericht SGB II 2023 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Umsetzung SGB II im Kreis Borken - aktueller Sachstand**  
**Vorlage: 0100/2024/KREIS**

---

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration nimmt den SGB II-Sachstandsbericht zum 31.03.2024 zur Kenntnis.

**Punkt 5: Vorstellung des Aktionsmonats für seelische Gesundheit**  
**Vorlage: 0104/2024/KREIS**

---

Frau Borgers von der Psychiatriekoordination für den Kreis Borken stellt anhand einer Präsentation den vom 09.09. bis 10.10.2024 stattfindenden Aktionsmonat für seelische Gesundheit im Kreis Borken vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sie erklärt, es seien kreisweit verschiedene Veranstaltungen geplant: Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen, Wanderausstellungen und auch ein Theaterstück. Auch die Zielgruppe sei weit gefächert. Es sollten die Mitglieder des sozialpsychiatrischen Verbundes, Schulen, Eltern und interessierte Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden. Ebenso vielfältig seien auch die behandelten Themen wie zum Beispiel Suchtproblematiken, Verwahrlosung und auch Depressionen.

Die Ausschussmitglieder zeigen sich begeistert von dem breiten Angebot, das im ganzen Kreisgebiet, teils online, teils vor Ort, zugänglich sein wird und danken der Kreisverwaltung für die Organisation.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration nimmt die Ausführungen zum Aktionsmonat seelische Gesundheit 2024 zur Kenntnis.

**Punkt 6: Stand der Integrationsarbeit und Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge**  
**Vorlage: 0081/2024/KREIS**

---

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf die Vorlage und berichtet, dass die Städte und Gemeinden im Kreis Borken im Jour fixe Ukraine vom 30.04.2024 berichtet hätten, dass in der Zuwanderungssituation derzeit keine hohe Dynamik sei, es sei vielmehr eine konstante Belastung auf einem hohen Niveau. Bei den Zuweisungen zeige sich im Kreisgebiet ein heterogenes Bild. Mal kämen 20 Menschen aus der Ukraine, mal drei afghanische Großfamilien in einer Woche. Mal viele Alleinreisende, mal Mütter mit ihren 18-jährigen Kindern aus der Ukraine. Entsprechend vielschichtige Probleme ergeben sich bei der Unterbringung und Integration der Zugewanderten.

Kreisdirektor Dr. Hörster bietet zudem an, in einer der nächsten Sitzungen einen Einblick in das Case-Management zu geben und darzustellen, wie beispielsweise die Wohlfahrtsverbände und die Ausländerbehörde darin eingebunden sind. Bereits ohne weitere Ausarbeitungen könne jedoch festgestellt werden, dass das Case-Management im Kreis Borken insgesamt gut funktioniere.

Vorsitzender Ludwig freut sich über den Gewinn von 55 Mitarbeitenden zur Unterstützung geflüchteter Kinder in den Grundschulen. Er fragt nach, aus welchen Berufsgruppen diese Mitarbeitenden kommen. Kreisdirektor Dr. Hörster gibt an, sie kämen aus allen Berufsgruppen. Mit ihrer Arbeit würden sie die Grundschulen merklich entlasten und so einen echten Mehrwert für die Bildungslandschaft im Kreis Borken schaffen. Die befristet abgeschlossenen Arbeitsverhältnisse könnten voraussichtlich verlängert, ab dem kommenden Schuljahr

voraussichtlich sogar aufgestockt werden. Eine Auflistung der Berufsgruppen solle in der Niederschrift nachgeliefert werden:

- Rund 15 % sind Personen, die im Ausland (zumeist in der Ukraine, Syrien sowie der Türkei) eine Lehramtsbefähigung erworben haben, die nach deutschem Recht jedoch noch nicht anerkannt ist.
- Ca. 1/3 sind Personen, die zuvor als Erzieherinnen und Erzieher oder als Therapeutinnen und Therapeuten gearbeitet haben. In diese Gruppe fallen auch Beschäftigte, die ein Studium der Sozialpädagogik oder Ähnliches abgeschlossen haben.
- 10 % der Beschäftigten haben einen Abschluss im Bereich der Wirtschaftswissenschaften oder eine entsprechende Ausbildung abgeschlossen.
- Die übrigen Personen teilen sich auf verschiedenste andere Berufsgruppen wie z.B. Friseurinnen und Friseure, Verkäuferinnen und Verkäufer, Köchinnen und Köche usw. sowie Studierende (u.a. auch Lehramt) auf.

Frau Tanjsek fragt, ob im Kreis Fälle bekannt seien, in denen Kinder und Jugendliche aus der Ukraine verschwunden sind. Kreisdirektor Dr. Hörster erwidert, es sei vorgekommen, dass Kinder gemeinsam mit den sie begleitenden Personen nicht aus den Sommerferien wiedergekommen seien. Insgesamt sei in der Gruppe der Geflüchteten aus der Ukraine eine hohe Fluktuation festzustellen. Nicht, alle, die im Kreis Borken ankommen, blieben auch hier. Ob die Personen, die nicht mehr im Kreis Borken sind, innerhalb Deutschlands umgezogen, wieder in die Ukraine zurückgekehrt oder verschwunden sind, lasse sich aufgrund der für diese Personen geltenden Freizügigkeit jedoch nur schwierig feststellen. Das Verschwinden allein von Kindern sei allerdings nicht bekannt. Es seien aber auch nahezu keine unbegleiteten Minderjährigen aus der Ukraine zugewandert.

Frau Martsch bittet um eine nähere Differenzierung der Herkunftsländer in Asien in der Herkunftsstatistik. Ihr wird zugesagt, dass die Zuwanderung aus Asien in der Niederschrift ausdifferenziert wird:

<b>Staat</b>	<b>Gesamt</b>
China (Macau)	1
Jemen	5
Armenien	125
<b>Afghanistan</b>	<b>1.219</b>
Aserbajdschan	177
Bhutan	3
Myanmar	13
Georgien	66
Sri Lanka	85
Vietnam	91
Indien	85
Indonesien	55
<b>Irak</b>	<b>771</b>
Iran, Islamische Republik	368
Israel	15
Japan	17
Kasachstan	97
Jordanien	59
Kambodscha	1
Kuwait	2

Laos, Dem. Volksrepublik	1
Kirgisistan	44
Libanon	265
Mongolei	30
Nepal	1
Personen aus den palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	8
Bangladesch	45
Pakistan	160
Philippinen	52
Taiwan	6
Korea (Republik)	13
Tadschikistan	73
Turkmenistan	2
Syrien, Arabische Republik	3.707
Thailand	77
Usbekistan	18
China	99
Malaysia	3
<b>Gesamt:</b>	
<b>7.859</b>	

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

## **Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Punkt 7.1: Feststellung von PFAS in Wassergewinnungsgebiet "Schüttensteiner Wald"**

---

Berichterstatter: Herr Fryszacki

Herr Fryszacki erklärt, dass PFAS (per- und polyfluorierte Chemikalien, die Stoffgruppe umfasst mehr als 10.000 verschiedene Stoffe) in verschiedensten Bereichen eingesetzt würden, in der Landwirtschaft, der Industrie aber auch Verbraucherprodukten. Wenn sie in die Umwelt gelangen, seien sie aus dieser nur schwierig wieder zu entfernen. Die hiesigen Wasserbetreiber würden sich deshalb bereits mit der Thematik befassen. So führe die Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH bereits seit 2022 ein PFAS Monitoring durch. Bei diesem sei nun festgestellt worden, dass im Bereich des Wassergewinnungsgebiets „Schüttensteiner Wald“ ein Parameter im Grundwasser derzeit geringfügig über dem zukünftigen Grenzwert (Einführung der neuen Grenzwerte für PFAS in zwei Stufen ab 12.01.2026 und ab 2028) liegt. Die dortigen Entnahmehöhen würden seither nicht mehr genutzt. Zudem werde derzeit versucht, mit Filtern eine Senkung des Wertes unter den künftigen Grenzwert zu erreichen. Die weitere Vorgehensweise werde derzeit mit der unteren Wasserbehörde, der Bezirksregierung und dem Wasserwerksbetreiber auf Grundlage eines beauftragten Gutachtens abgestimmt. Herr Fryszacki sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen einen ausführlichen Sachstandsbericht vorzustellen.

## **Punkt 7.2: Hitzeschutz im Kreis Borken**

---

Berichterstatte(r): Herr Frysztaeki

Herr Frysztaeki verweist auf den Antrag der Fraktionen SPD und B90/DIE GRÜNEN „Hitzeaktionsplan im Kreis Borken“, den diese im Rahmen der Sitzung am 06.02.2024 gestellt hatten. Auf diesen Antrag hin war von der Verwaltung zugesagt worden, in einer der nächsten Sitzungen die Aktivitäten im Kreis Borken im Bereich des Hitzeschutzes vorzustellen.

Als ein großes Handlungsfeld für den Fachbereich Gesundheit identifizierte Herr Frysztaeki im Bereich Hitzeschutz die Information der Bürgerinnen und Bürger. Hierzu zeigte er den Ausschussmitgliedern, wie man allein unter Eingabe des Suchbegriffs „Hitze“ auf der Internetseite des Kreises Borken zu einem umfassenden und doch übersichtlichen Informationsangebot zu dem Thema gelangt. Häufig seien hier andere Informationsstellen verlinkt und es würden deren Dokumente zum Download angeboten. Die Verlinkung solle dafür sorgen, dass die angebotenen Informationen stets aktuell seien. Gleichzeitig erleichtere man den Bürgerinnen und Bürgern die Suche nach Informationen und schütze sie vor unseriösen Quellen.

Darüber hinaus erarbeite der Fachbereich Gesundheit zusammen mit der Stabsstelle der Kreisverwaltung vor dem Hintergrund des Berichts „Auswirkungen des Klimawandels im Kreis Borken“ Anknüpfungspunkte und Handlungsnotwendigkeiten im Themenfeld Klimafolgenanpassung. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung werde die Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans in Hinsicht auf die Aufgaben des Kreises im Katastrophenschutz vorangetrieben.

Auf der Ebene der Städte und Gemeinden im Kreis sei beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit und den Klimamanagern bzw. Klimaverantwortlichen der Städte und Gemeinden die Entwicklung und Implementierung von lokalen Hitzeschutzplänen zu begleiten. Das Thema Hitzeschutz sei ebenfalls im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 24.04.2024 erörtert worden. Herr Frysztaeki sagte zu, in einer der nächsten Sitzungen einen ausführlichen Sachstandsbericht vorzustellen.

Frau Tanjsek fragt, ob das Thema nicht auch im Umweltausschuss zu diskutieren sei. Kreisdirektor Dr. Hörster erläutert hierauf, dass das Thema Hitzeschutz als Teilaspekt der Klimafolgenanpassung durchaus auch in den Umweltausschuss gehöre. Der im AfSGI zu beleuchtende Gesundheitsaspekt umfasse hauptsächlich die Öffentlichkeitsarbeit. Für Fragen des Umweltschutzes sei eher der Fachbereich Natur und Umwelt zuständig. Auch hier sei jedoch fraglich, wie eine Situation aussehen solle, die lediglich den Kreis Borken betrifft. Wahrscheinlicher sei eine landesweite Hitzesituation, in der der Kreis Borken nicht alleine handeln könnte, sondern im Hitzeschutzgeschehen vermutlich eher eine Funktion als Zwischenebene einnehmen würde.

## **Punkt 7.3: Mobilitätshilfen im Kreis Borken**

---

Berichterstatte(rin): Frau Ostendorff

Frau Ostendorff berichtet, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als zuständiger Aufgabenträger für die Mobilitätshilfen an leistungsberechtigte Erwachsene mit Behinderung dem Kreis Borken die Ergebnisse der Nutzerbefragung zum Pilotprojekt im Kreis Borken übermittelt habe. Der Arbeitskreis Behindertenhilfe habe diese Ergebnisse erhalten und werde sie beraten. Der LWL habe angekündigt, dass er im Herbst 2024 nach Auswertung der Befragungsergebnisse über das weitere Vorgehen im Pilotprojekt rund um die pauschalierte Gewährungsform bei den Mobilitätshilfen entscheiden werde.



---

**Punkt 7.4: Sachstand Hörbehindertenberatungsstelle**

---

Berichterstatterin: Frau Ostendorff

Frau Ostendorff informiert, dass es zur Hörbehindertenberatungsstelle noch keinen neuen Sachstand gebe. PariSozial als bisheriger Leistungsträger habe den Sachbericht 2023 noch nicht vorgelegt und könne sich im Übrigen eine Fortführung/Wiederaufnahme dieser Beratungsstelle nur gegen Vollkostenerstattung vorstellen. Lösungsmöglichkeiten würden weiterhin geprüft.

---

**Punkt 7.5: Krankenhausplanung**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet von der Regionalkonferenz des Versorgungsgebietes 9 beim MAGS zum aktuellen Stand der Neugestaltung der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen. Das Anhörungsverfahren zur geplanten Neugestaltung solle zweigeteilt am 14. und 15. Mai starten. Vorschläge für die Neugestaltung würden im Laufe des Junis erwartet. Der Ausschuss werde dann parallel zur Stellungnahme des Kreises zu den Vorschlägen informiert.

Kreisdirektor Dr. Hörster stellt fest, dass aus den im Rahmen der Gesundheitskonferenz vorgestellten Kriterien herauszulesen gewesen sei, dass der Kreis Borken bereits recht gut dastehe. Nichtsdestotrotz stünden im Rahmen der Neugestaltung der Krankenhauslandschaft noch schmerzhafteste Prozesse an, voraussichtlich insbesondere in der Kardiologie und der Onkologie. Bei der Planung müsse jedoch die Randlage des Kreises Borken beachtet werden, grenze er doch sowohl an die Niederlande als auch an das Land Niedersachsen. Viele hier benötigte Strukturen seien dort nicht in der Form vorhanden. Kreisdirektor Dr. Hörster fasste zusammen, er sehe nicht viel Raum für Kompromisse bei der vorhandenen Versorgungsstruktur.

---

**Punkt 8: Anfragen**

---

**Ende des öffentlichen Teils**

**B. Nichtöffentlicher Teil**

**Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 10: Anfragen**

---

Vorsitzender Ludwig schließt die Sitzung.



---

Vorsitzender Gerhard Ludwig



---

Corona Büning

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration  
AfSGI/02/2024

# **Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken**

vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

## **Fachbereich Gesundheit**

Fachabteilung 53.4 „Psychosoziale Gesundheit“

Jelena Borgers  
Psychiatriekoordination

## Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

- Psychische Erkrankungen machen einen immer größeren Anteil im **Diagnose- und Behandlungsspektrum** aus
- Laut **Weltgesundheitsorganisation** leidet fast jeder **dritte Mensch** im Laufe seines Lebens an einer psychischen Erkrankung
- Die Stiftung Deutsche Depressionshilfe weist darauf hin, dass die **Mehrheit der Deutschen** im Laufe ihres Lebens **von Depressionen betroffen** ist – entweder direkt durch eine **eigene Erkrankung** (23 Prozent) oder indirekt als angehörige Person (37 Prozent)
- Psychische Erkrankungen sind für viele Menschen oft **kaum nachvollziehbar**, haben allerdings persönlich wie gesellschaftlich gravierende Auswirkungen (**soziale Isolation** und **Einsamkeit**, **Leidensdruck**, geringere Lebensqualität und Stigmatisierung)

## **Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken** vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

- ca. **20 kreisweite Veranstaltungen** für die Mitglieder des Sozialpsychiatrischen Verbundes, Schulen, Eltern, interessierte Bürgerinnen und Bürger
- Verschiedene **Informations- und Gesundheitsprogramme**
  - **Angebotsvielfalt** reicht von Vorträgen, Lesung, Filmvorführung, über Wanderausstellungen bis hin zu einem Theaterstück
  - Sowohl **Online** als auch in **Präsenz**
- **Koordiniert** wird der Aktionszeitraum von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Fachbereich Gesundheit, genauer aus der Abteilung *Psychosoziale Gesundheit*  
Dazu zählen **vier** Arbeitsbereiche:
  - Sozialpsychiatrischer Dienst
  - Fachstelle für Suchtvorbeugung
  - Suchtberatung
  - Psychiatriekoordination
- **Kooperiert** wird u.a. mit Mitgliedern des Sozialpsychiatrischen Verbundes, der VHS Bocholt, sowie VHS Borken

# Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

In den Aktionszeitraum fallen auch folgende Gedenk- und Mottotage :

10.09. - Welttag der Suizidprävention

21.09. - Welt-Alzheimerstag

25.09. - Aktionstag gegen Glückspielsucht

10.10. - Tag der Seelischen Gesundheit

# Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

- Am **09.09.** wird der Aktionszeitraum in den neuen Räumlichkeiten des **Lernwerks** in Bocholt eröffnet
  - Beginn mit der Fotoausstellung *Faces of Depression* mit dem Künstler vor Ort
    - geplant ist einer Wanderung der Fotoausstellung in den Nordkreis
- **Fachvorträge**
  - **„Verwahrlosung – So kann man doch nicht leben“**  
*Ursula Schmalz, Fachbuchautorin*
  - **„Depressionen verstehen und bewältigen“**  
*Jörg Ristau, leitender Oberarzt, St. Vinzenz-Hospital Rhede*
  - **„Arbeiten am Selbstwert“**  
*Volker J. Rövekamp, leitender Oberarzt, Ev. Lukas-Krankenhaus Gronau*
  - **„Kontrolliertes Trinken“**  
*Christoph Straub, Akademie Quest, Bereichsleitung Zieloffene Suchtarbeit*
- **„Tage der offenen Türen“** von Einrichtungen und Diensten

**Aktionsmonat zum Thema *seelische Gesundheit* im Kreis Borken**  
vom **09.09.2024** bis **10.10.2024**

- **Informationsveranstaltungen**

- Methodenschulungen für pädagogische Fachkräfte
- Ausstellung *Persönliches Budget*
- „Verrückt? Na und!“ für Lehrerinnen und Lehrer

- **Literatur und Film**

- „Mein fremdes Kind“ *Online Lesung mit der Buchautorin Frau Wolpers*
- „Das Zentrum des Universums“ *Filmreihe über Menschen mit narzisstischer Persönlichkeitsstörung und deren Angehörigen*

- **SPV Gremienarbeit**

- Informationen zu den Facharbeitskreisen unter <https://www.kreis-borken.de/de/kreisregion/gesundheit-soziales/gesundheit/sozialpsychiatrischer-verbund.php>



# *Vielen Dank!*



**Jelena Borgers**

Fachbereich Gesundheit

Psychiatriekoordination

[j.borgers@kreis-borken.de](mailto:j.borgers@kreis-borken.de)

02861 681 6023

